

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für das Haushaltsjahr 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die heutige Haushaltsrede hätten wir als Eingang verschiedene Überschriften wählen können. Beispielsweise seien hier genannt:

- **kein Freiraum für Investitionen**
- **Verwaltung des Mangels**
- **Prognostizierte Steigerung der Verschuldung**

Alle diese Fakten sind hinlänglich bekannt und deshalb nicht Gegenstand der diesjährigen Aussprache zur Verabschiedung des Haushalts für das Kalenderjahr 2015.

Wir wollen aber - auf die nach unserer Auffassung - dringende Abarbeitung bestehender und ungelöster Problemstellungen hinweisen.

Daher beschäftigen wir uns mit dem Themenkreis „Angst vor Veränderungen“. Wir wollen aber auch „Lösungswege für die Zukunft“ aufzeigen.

Im Jahre 2012 stand in einer Sondersitzung des Gemeinderates der Zuschussbedarf der freiwilligen Einrichtungen zur Diskussion. Die damaligen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte waren sich einig, den Zuschussbedarf für alle Einrichtungen zu senken.

In der Haushaltsrede für die Verabschiedung des Haushalts des Jahres 2013 wurde unsererseits auf die Notwendigkeit der Erstellung eines Masterplans im Hinblick auf die uneingeschränkte Beibehaltung aller freiwilligen Leistungen der Gemeinde ausführlich hingewiesen.

In der Haushaltsrede des letzten Jahres sind wir detailliert auf die jeweiligen Zuschussbedarfe der einzelnen freiwilligen Leistungen eingegangen.

Eine Gegenüberstellung der Einnahmen zu den zu leistenden Ausgaben ergibt für den Zeitraum 2011 - 2015 folgende erhebliche Zuschusserfordernisse.

Ich beschränke mich bei meinen Ausführungen auf vier Einrichtungen, nämlich das Eistreff, die Bücherei, die Volkshochschule und die Musikschule: Angaben in T€

	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Prognose 2014	Prognose 2015	Summe	Durch- schnitt
Eistreff	90	54	106	111	97	458	92
Bücherei	125	123	94	133	144	619	124
VHS	123	147	128	238	135	771	154
Musikschule	155	165	198	201	219	938	188
Summe	493	489	526	683	595		558

Bei dieser Aufstellung wurde bewusst auf die Einbeziehung der Abschreibungen, der kalkulatorischen Zinsen sowie der inneren Verrechnungen aus der Personalgestellung der

Gärtnerei, des Bauhofes und der Verwaltung verzichtet d.h., es werden nur die reinen Zahlungsströme betrachtet.

Allein diese vier Einrichtungen kosten die Gemeinde jährlich durchschnittlich 558 T €.

Wir können dieses Ergebnis so nicht weiter mittragen.

Die Ergebnisse können möglicherweise so interpretiert werden, dass die Verwaltung und Teile des Gemeinderats mit dem Status quo einverstanden sind und keine Veranlassung sehen hier gegensteuernde Maßnahmen zu diskutieren und einzuleiten.

Nach unserer Auffassung ist sowohl die Verwaltung als auch der Gemeinderat aufgefordert zukunftsgerichtete Maßnahmen zu den jeweiligen freiwilligen Leistungen zu definieren, die geeignet sind die horrenden Zuschüsse spürbar zu minimieren.

Selbstverständlich handelt es sich hier um Prozesse, deren kurzfristige Umsetzung nicht möglich ist. Insbesondere sind hier hierzu vertragliche und arbeitsrechtliche Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Mittelfristig sind Lösungen zu finden und umzusetzen.

Gestatten Sie mir die Anmerkung, dass bereits in der Vergangenheit Vertreter weiterer Fraktionen hierzu Vorschläge unterbreitet haben. Ich möchte hier das Stichwort „Entwicklung und Fortschreibung eines Raumkonzepts“ aufführen.

Wohl wissend, dass - je nach Interessenlage der Einwohner unserer Gemeinde - mit Gegenargumenten zu rechnen ist, ist es unsere Aufgabe entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten und auch umzusetzen.

Als dringendste Aufgabe erscheint uns, die Themenstellung „Eistreff“ in den Fokus zeitnaher Diskussionen und Entscheidungen aufzunehmen.

Wie allseits bekannt laufen die steuerlichen Förderungen sowie der Verbrauch der seinerzeitigen Zuschüsse spätestens im Jahre 2017 aus.

Bereits im Jahr 2015 ist nach unserer Auffassung die Weichenstellung für die künftige Nutzung der Liegenschaft erforderlich. Für uns stellt eine Weiterbelassung der derzeitigen Nutzung als Eislauhalle aus ökologischer und ökonomischer Sicht keine Alternative dar.

Wir stellen uns eine Umnutzung dergestalt vor, dass die Baulichkeit als künftigen Standort für den Bauhof genutzt werden kann.

Additiv hierzu sollten auch Überlegungen angestellt werden, alle bisherigen Freiwilligen Feuerwehren der verschiedenen Ortsteile zusammenzuführen und in dem dann freigewordenen Eistreffgebäude zu stationieren. Bei der Umsetzung dieses Vorschlags werden in allen Ortsteilen innerörtliche Lagen inmitten von Wohngebieten frei und können als weitere Bebauungsflächen für Wohneinheiten Verwendung finden. Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass derartige Maßnahmen nicht von heute auf morgen umgesetzt werden können. Es ist uns ebenfalls bewusst, dass dies nicht zum Nulltarif geschieht und Aufwendungen wie beispielsweise Überprüfung der Statik, Erhöhung und Verbreiterung der Einfahrten und Aufwendungen für Rückbauten erforderlich sind. Die Vorteile eines einheitlichen Standorts und der Verlagerung des Bauhofs werden nach unserer Auffassung durch die dann mögliche Vermarktung der freiwerdenden Flächen und der hieraus zu generierenden Einnahmen bei weitem kompensiert.

Weiter halten wir es für erforderlich, die Krippen- und Kleinkinderbetreuung in den kommunalen wie auch kirchlichen Einrichtungen im Hinblick auf die Belegung zentral - über die Verwaltung - zu steuern.

Es gibt kein zentrales Register, das die Auslastung der jeweiligen Einrichtung darstellt. Weder für die Verwaltung noch für die Eltern ist erkennbar in welcher Höhe insbesondere die kirchlichen Einrichtungen belegt sind. Eine zentrale Stelle, angesiedelt im Rathaus, die die Kinder dann an die jeweilige Einrichtung vermittelt, würde Transparenz herstellen und

gleichzeitig - aufgrund der Entlastung der jeweiligen in der Einrichtung tätigten Kindergartenleitung - eine noch bessere Betreuung der Kinder aufgrund freiwerdender Kapazitäten ermöglichen.

Gleichzeitig halten wir es für dringend erforderlich, das aktuelle Spielplatzkonzept grundlegend zu ändern. Derzeit werden unzählige Spielplätze egal welcher Größenordnung in allen Waldbronner Ortsteilen vorgehalten. Der damit verbundene Pflege- und Unterhaltungsaufwand übersteigt den Nutzen der Anlagen finanziell und personell bei weitem. Wir regen daher an, kleine unattraktive Spielplätze stillzulegen, die damit verbundenen Freiflächen im Wege der Innerortsverdichtung zu nutzen und gleichzeitig ausgewählte Spielplätze, mindestens einen je Ortsteil grundlegend zu ertüchtigen, zu modernisieren und umzugestalten.

Wir fordern alle Mitglieder des Gemeinderates sowie die Verwaltung dazu auf, das kommende Jahr 2015 mit allem Nachdruck zu nutzen die vorhandenen Problemstellungen zukunftsgerichtet anzugehen und Lösungen zuzuführen. Es dürfen keine Denkverbote bestehen!

Eine „Angst vor Veränderungen“ darf uns nicht daran hindern Veränderungen zu diskutieren und umzusetzen. Unsere Bereitschaft der Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und der Verwaltung besteht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Bürger-meister, gestatten Sie mir noch einen Hinweis zum aktuellen Entwurf des Haushaltsplans.

Im Vermögenshaushalt sind Mittel zum Erwerb von Gebäuden in Höhe von 300.000 EUR für Aufwendungen zur Anschlussunterbringung von Asylsuchenden aufgeführt.

Über die Art der Unterkünfte und deren Standort haben wir bereits in vergangenen Gemeinderatsitzungen diskutiert. Wir vertreten weiterhin die Auffassung, dass es sich bei der Containerlösung nur um eine temporäre Maßnahme handeln kann. Dies trifft auch für die angedachte - und durch uns nicht mit-getragene Entscheidung des Gemeinderats - Unterbringung in angemieteten Wohnwägen zu.

Eine dauerhafte Einrichtung ist nur in Form einer noch zu realisierenden Baumaßnahme darstellbar. Der im Vermögenshaushalt hierzu eingestellte Betrag erscheint - auch vor dem Hintergrund, dass bis zu 100 Asylsuchende avisiert sind - in der Höhe keinesfalls ausreichend. Sollten sich hierzu Erhöhungen aus dem Haushalt 2015 durch Umschichtungen oder durch Einsparungen nicht darstellen lassen, ist eine weitere Kreditaufnahme unumgänglich. Zustimmung können wir ebenfalls dem Erfolgs- und Vermögensplan der Gemeindewerke Wasserversorgung. Die Erhöhung des Wasserzinses um 10 % ist auch aus unserer Sicht aufgrund der erhöhten Aufwendungen für die Reparatur von Wasserrohbrüchen sowie weiteren Instandhaltungsarbeiten unumgänglich.

Ein Jahr mit vielen Entscheidungen und guter Zusammenarbeit auch unter den Fraktionen liegt hinter uns.

Ihnen allen geruhsame und gesegnete Weihnachten und ein zufriedenes Jahr 2015.
Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit !